

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen*****Wirtschaftskraft von unten fördern statt angebotsorientierter Flächenpolitik***

Der Abschied von der angebotsorientierten Gewerbeflächenpolitik ist überfällig. Wie während der letzten Jahre schon in Ostdeutschland zu lernen war, funktioniert die alte Rechnung nicht mehr, dass die bloße Ausweisung von Gewerbegebieten in der Nähe leistungsfähiger Verkehrsanschlüsse automatisch Ansiedlungen und eine steigende Wirtschaftskraft hervorbringt.

Auch in Bremen blieb der ökonomische Erfolg dieser passiven Wirtschaftspolitik weit hinter den Erwartungen zurück, wodurch die Finanzierungskosten enorm anstiegen. Zugleich konserviert diese Politik die Wirtschaftsstruktur der Vergangenheit: Noch immer ist die Bremer Wirtschaft überdurchschnittlich einseitig durch Großbetriebe geprägt, und noch immer wird das technologische Potenzial der Region wirtschaftlich kaum genutzt.

Bereits heute konkurrieren in der Stadt Bremen über 207 ha und in Bremerhaven über 175 ha erschlossene und sofort verfügbare Gewerbeflächen aller Kategorien, weitere Erschließungen sind bereits in der Durchführung. Zugleich fehlten und fehlen die Mittel für den nachhaltigen Strukturwandel: für die Investitionen in Köpfe, den technologischen Anschluss, die Förderung von Klein- und Kleinstunternehmen und die Ermutigung der wirtschaftlichen Initiative aller gesellschaftlicher Gruppen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. auf die weitere Erschließung der Gewerbegebiete Arberger/Mahndorfer Marsch, die Westerweiterung des Technologieparks und den Ausbau des Büroparks Oberneuland zu verzichten und sich stattdessen auf die Vermarktung der über 382 ha bereits erschlossenen Gewerbeflächen unter anderem im Güterverkehrszentrum, dem Bremer Industriepark, dem Büropark Oberneuland, der Airportstadt, dem Technologiepark, der Überseestadt, dem LogInPort, dem Fischereihafen und dem Industriegebiet Luneort zu konzentrieren;
2. Instrumente zu entwickeln, die den Anreiz zur Vermarktung der Gewerbeflächen gegenüber ihrer bloßen Erschließung bei den Wirtschaftsfördergesellschaften erhöhen;
3. bei den Wirtschaftsfördergesellschaften insbesondere Strukturen zu erwirken, die die kleinteilige Erschließung und Vermarktung von Flächen und Altbestand in der Überseestadt und der Airportstadt befördern;
4. einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel einzuleiten, der sich von der erfolglosen passiven Gewerbeflächen- und Infrastrukturpolitik verabschiedet und die Ermutigung der wirtschaftlichen Initiative aller gesellschaftlicher Gruppen, den Investitionen in die Köpfe und den technologischen Wandel und die Förderung der Klein- und Kleinstunternehmen stärkere Beachtung schenkt.

Klaus Möhle, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen